

# Sarkozy startet Wahlkampf für 2017 mit scharfem Rechtsdrall

Mit neuem Namen – Die Republikaner – und Nationalismus zieht der Ex-Präsident gegen Francois Hollande und Marine Le Pen in die Schlacht.

AUS PARIS  
DANNY LEDER

Die Begeisterung hält sich in Grenzen. Zwar bejubelten einige tausend Anhänger den bürgerlichen Ex-Staatschef Nicolas Sarkozy an diesem Wochenende in Paris anlässlich der Neugründung seiner Partei, die bisher UMP (Union für eine Volksbewegung) hieß, und ab sofort den Namen Die Republikaner trägt. Das eigentliche Ziel dieser Erneuerung ist damit aber noch lange nicht erreicht: Sarkozys alleinige Kandidatur als Repräsentant der liberal-konservativen Opposition bei den Präsidentenwahlen 2017.

Laut Umfrage, würden 72 Prozent der Franzosen eine neuerliche Präsidentschaftskandidatur von Sarkozy ablehnen. Damit schneidet Sarkozy nicht viel besser als Francois Hollande ab, der seit zwei Jahren in einem rekord-verdächtigen Umfragetief wadet: den sozialistischen Staatschef wollen 77 Prozent der Befragten nicht mehr als Kandidat vorgesetzt bekommen.

Dabei strampelt sich Sarkozy unentwegt ab, um sich mit immer härteren Bandagen gegenüber Hollande zu revanchieren, der ihn bei den Präsidentenwahlen 2012 bezwungen hatte. Der amtierende Präsident sei ein Lügner, Morgen, Mittags und Abends, sein totes Gewicht für Frankreich und von erschütterndem Mittelmaß, giftet Sarkozy. Aber es ist ungewiss, ob diese Beschimpfungsstrategie Sarkozy nützt, zumal eine breite Mehrheit der französischen Bevölkerung, inklusive im eigenen linken Lager, Hollande sowieso abgeschrieben hat.

Der Draufgänger Sarkozy kann freilich die Strategie der Provokation nicht lassen. Im vergangenen November meldete er sich wieder in der Öffentlichkeit zurück und damit offiziell eine Periode vorgeblicher Polit-Abstinenz, die mit seiner Wahlniederlage im Mai 2012 begonnen hatte. Seither hantelte er sich von Eklat zu Eklat. Erst hatte er eine Serie von Justizerhebungen mit Hausdurchsuchungen und Verhören in Polizeigewahrsam wegen vergangener Skandale zu erdulden. Es ging um Veruntreuung öffentlicher Gelder bei Waffendeals, den Verdacht auf Zuwendungen des einstigen libyschen Diktators Khadafi, diverse sonstige illegale Finanzspritzen für seine Kampagnen, die Verwicklung in die Affäre um die senile Milliardärswitwe Liliane Bettancourt, Begünstigung des Firmenplünderer und Steuerhinterziehers Bernard Tapie, Bestechungsversuche von Justizbeamten, Abhören von Journalisten. Nicht alle diese ihn betreffenden Verfahren sind ausgestanden, aber einige wurden mangels Beweisen eingestellt. Das genügte, damit Sarkozy sich als Opfer eines Komplotts von Hollande präsentierte, der nun erst recht in die politische Arena steigen müsse, um seine Ehre wiederherzustellen.

Die allerletzte Affäre gab ihm den Anlass für die Umbenennung seiner Partei. Die vormalige UMP hatte einen Schuldenberg 70 Millionen Euro angehäuft und sich mit einer

dubiosen Werbe-Agentur verbandelt, die serienweise fiktive Leistungen verrechnete. Damit wurden die monströsen Aufwendungen der letzten Wahlkampagne von Sarkozy, die die gesetzlich vorgeschriebene Höchstsumme um ein Drittel überschritten, vertuscht. Nebenher versickerten dabei Parteigelder in den Taschen von hochrangigen UMP-Politikern. Aber auch da konnte Sarkozy keine persönliche Mitverantwortung nachgewiesen werden.

Nachdem Sarkozy die Schuld für diese Affäre auf zweitrangige Mitarbeiter abgewälzt hatte, erklärte er eine Neugründung seiner Partei für notwendig. Mit dem Entscheidung für den Namen Die Republikaner provozierte er gleich den nächsten Wirbel: einige innerparteiliche Rivalen empfanden den Namen als eine allzu starke Identifizierung mit den rechtslastigen US-Republikanern. Politiker der Linken aber auch des Zentrums entrüsteten sich über die Beschlagnahme des Begriffs der Republik, der ihrer Meinung allen demokratischen Kräften zustehe würde. Es kam zu ó vergeblichen ó Versuchen, ein gerichtliches Verbot dieser Namensgebung zu erwirken.

Auch diese Kritik nützte Sarkozy für einen brachialen Gegenangriff: Die regierenden Sozialisten hätten die Republik verraten und erniedrigt, unter anderem durch die Zerstörung der Familie ó eine Anspielung auf die Homo-Ehe. Seine Partei müsse daher die Republik wiederaufbauen. Die von Sarkozy beworbene Republik hat eine deutlich nationale Schlagseite: Wir wollen Franzosen bleiben, betont Sarkozy: Integration genügt nicht, Migranten müssen sich assimilieren. Mit dieser Gangart versucht Sarkozy der Nationalistin Marine Le Pen beizukommen.

Schon zuvor hatte er die Abschaffung der so genannten Substitutions-Menüs im Fall von Speisen mit Schweinefleisch an den Schulkantinen gefordert. Diese Alternativ-Menüs ermöglichen es Kindern aus frommen muslimischen und in selteneren Fällen jüdischen Familien die Schulkantinen zu benutzen. Außerdem machte sich Sarkozy dafür stark, das Verbot des islamischen Kopftuchs auf die französischen Unis auszudehnen (an Frankreichs Schulen gilt bereits ein Verbot auffälliger religiöser Symbole).

Sarkozys moderater innerparteilicher Rivale, der Ex-Premier Alain Juppé, der auf dem Parteikonvent am Wochenende ausgebuht wurde, warnt: Politische Führer sollten Konflikte nicht anheizen und eher beruhigend auf die Gesellschaft wirken. Man muss damit aufhören zu behaupten, das Tragen eines Kopftuchs wäre ein Skandal.

Bisher machte sich Sarkozys rechtslastige Angriffsstrategie für ihn freilich bezahlt: obwohl ihn seine Gegner, allen voran Marine Le Pen bereits totgesagt hatten, konnte er in den letzten Monaten in rasendem Tempo die stimmenmäßig stärkste Partei wieder unter seine Kontrolle bringen (die UMP und ihre Verbündeten gewannen die jüngsten landesweiten Kommunal- und Departement-Wahlen) und sich damit wieder ins Zentrum des politischen Geschehens in Frankreich schwingen.